



Sabine Riedel

## Ein Rückblick auf 10 Jahre Arabischer Frühling

Aus Sicht von Theorien zur Demokratie, Transformation, Modernisierung und Interdependenz <sup>1</sup>

„Die gegenwärtige Weltpolitik ist [...] ein Geflecht aus vielfältigen Beziehungen. In einer solchen Welt kann ein Modell nicht alle Sachverhalte erklären. Das Geheimnis des Erkennens liegt darin, zu wissen, welchen Ansatz oder welche Kombination von Ansätzen man bei der Analyse einer Situation verwenden sollte.“ (Robert O. Keohane, Joseph S. Nye: *Power and Interdependence*, 1977; 4. Aufl. 2012: 4, Deutsch: S.R.).

**Zum zehnten Jahrestag des Arabischen Frühlings werden aus dem Blickwinkel westlicher Demokratien überwiegend negative Bilanzen gezogen. Doch welche Kriterien liegen dieser Analyse zugrunde? Könnte man aus demokratietheoretischer Sicht nicht auch zu anderen Erkenntnissen kommen? Dieser Beitrag diskutiert darüber hinaus weitere Theorien, die zum Verständnis der aktuellen Krisen beitragen. So verweist der Ansatz der Systemtransformation oder besser die Transformationstheorie auf tiefgreifende sozioökonomische und gesellschaftliche Zusammenhänge: Danach hat es schon Anfang der 1990er Jahre in der arabischen Welt konsekutive Transformations- oder Reformprozesse in Wirtschaft und Politik gegeben. Ein Ansatz, der den Arabischen Frühling tatsächlich prognostizierte, war die Modernisierungstheorie. Ihre Marginalisierung im weiteren Diskurs ist nicht zu verstehen, da sie doch einfache, aber wichtige Zusammenhänge erklären kann. So war etwa die Stärkung der Frauenrechte in Tunesien der Motor des sozialen Fortschritts und ein Auslöser der Revolution. Schließlich trägt die Interdependenztheorie dazu bei, den Arabischen Frühling im Rahmen der internationalen Politik zu beurteilen. Demnach war er nicht nur Ausdruck innerstaatlicher Entwicklungen, vielmehr tragen externe Akteure eine Mitverantwortung für die heutigen Resultate. Dies führt schließlich auch zu einer Neubewertung der Bewegung der Blockfreien Staaten (NAM).**

Die Bilder der Selbstverbrennung des tunesischen Gemüsehändlers Mohamed Bouazizi (vgl. [welt.de 17.12.2011](http://welt.de/17.12.2011)) gingen am 17.12.2010 um die Welt und lösten eine weltweite Protestwelle gegen staatliche Willkür und korrumpierte politische Eliten aus. Sie betraf im Kern die autoritär regierten Staaten der arabischen Welt und führte zu innerstaatlichen Machtverschiebungen: Schon vier Wochen später verließ Tunesiens Staatspräsident Zine el-Abidine Ben Ali fluchtartig sein Land (14.1.2011). Es folgte eine Reihe von Regierungsrücktritten und Kabinettsumbildungen, so in Jordanien (1.2.2011), Ägypten (11.2.2011), den palästinensischen Gebieten (14.2.2011), Oman (6.3.2011), Jemen (20.3.2011), Libyen (März 2011) und Kuwait (28.11.2011). In weiteren Ländern schlug sich der Erfolg der Proteste in

vorgezogenen Wahlen nieder, so beispielsweise in den palästinensischen Gebieten (Juli 2011), Marokko (25.11.2011) und im Jemen (Februar 2012). Vielerorts wurden (Verfassungs-)Reformen versprochen und teils tatsächlich eingeleitet, so etwa in Marokko (2011), Syrien und Ägypten (2012) sowie in Tunesien (2014).

Erste Berichte deutscher Journalisten über den weiteren Verlauf des Arabischen Frühlings wiesen eine negative Bilanz auf: „Fünf Jahre später herrscht eiskalter Winter. Alle Blütenträume sind verwelkt, die altbekannte, erstickende Ohnmacht zurückgekehrt.“ (DFK, 23.4.2016) Nach weiteren fünf Jahren wird diese negative Beurteilung von sämtlichen politischen Stiftungen in Deutschland bestätigt, die mit der auswärtigen Kultur- und Entwicklungspolitik befasst sind (vgl.

<sup>1</sup> Vgl. die Übersetzungen: *Looking back at 10 Years of the Arab Spring*, FPK, Vol. 5, No. 4 (2021 Mar 5), 14p., und: *نظرة إلى الوراثة في عشرة أعوام من الربيع العربي*: in: FPK, Vol. 5, No. 5 (2021 Mar 6), 17 p.

## Abbildung 1

### Bilanzen zum Arabischen Frühling ...

„Zehn Jahre sind vergangen, seit Proteste und Aufstände die Arabische Welt veränderten. Über die epochale Bedeutung des Arabischen Frühlings lässt sich streiten, ebenso über dessen Bilanz: **Nur in einem einzigen Land hat sich seit 2011 eine fragile Demokratie entwickelt. Deutlich mehr Länder der Region sind im Krieg versunken oder erlebten die Restauration repressiver, autoritärer Regime.** Aber vielleicht ist das Entscheidende am Arabischen Frühling viel eher, dass er Alternativen aufzeigte. Möglichkeiten, Politik, Staat und Gesellschaft anders zu gestalten. [...]“ (FES 2020: 5)

„Innerhalb eines Jahres wurden die autoritären Herrscher in Tunesien, Ägypten, Libyen und im Jemen, die ihre Länder jahrzehntelang regiert hatten, gestürzt. [...] **Doch eine rasche Demokratisierung und ein frühlingshaftes Aufblühen der Region folgte nicht. Stattdessen brachen vielerorts geopolitische und identitäre Konfliktlinien auf, Proteste wurden gewaltsam unterdrückt, Frustration führte zu Radikalisierung und terroristische Gruppierungen konnten sich die Instabilität vieler Staaten zu Nutze machen.** [...] Nicht zuletzt die Bürgerproteste des Jahres 2019 im Irak, in Algerien und im Libanon, haben erneut in Erinnerung gerufen, dass eine Antwort auf die Forderungen des „Arabischen Frühlings“ weiterhin nicht gefunden ist.“ (KAS 2020)

„Einzig in Tunesien bedeutete das Abdanken des langjährigen Machthabers Zine el-Abidine Ben Ali auch den Übergang zur Demokratie und einer neuen Verfassung. [...] Ägypten, in dem nach 18 Tagen des Protestes der langjährige Präsident Hosni Mubarak abgesetzt wurde, gab vielen anderen Hoffnung, dass auch in ihren jeweiligen Kontexten Wandel möglich sei. **Doch das Militär blieb im Sattel und das Land glitt unter dem gewählten Präsidenten Mohammed Mursi zunehmend ins Chaos ab.** Dabei war es auch die internationale Unterstützung für eine „geordnete Transition“, die dem Putsch Abdel Fattah al-Sisis im Sommer 2013 den Weg ebnete. **Seither gibt es weit mehr politische Gefangene und die Todesstrafe wird häufiger verhängt als unter dem bis 2011 herrschenden Mubarak.**“ (HBS 6.1.2021)

„Die Zukunft der Region liegt im Ungewissen, neue regionale und internationale Konstellationen sind entstanden, deren Auswirkungen sich noch nicht abschätzen lassen, und es gibt mehr Grund zur Besorgnis als zur Euphorie. Viel wird davon abhängen, ob es den revolutionären und emanzipatorischen Kräften gelingt, dauerhafte und demokratisch funktionierende organisatorische Formen für sich zu finden. Zurzeit lässt sich mit Gewissheit nur eins sagen: Der 2010/11 begonnene Prozess ist nicht zu Ende. **Die sozialen Widersprüche, die im sogenannten «arabischen Frühling» zum Ausdruck kamen, bestehen fort und werden immer wieder zu Unruhen, Aufständen und revolutionären Erhebungen in der Region führen.**“ (RLS, 2020)

Quellen: FES 2020, Dossier 10 Jahre arabischer Frühling: Das arabische Jahrzehnt, Berlin 2020; (KAS 2020), 10 Jahre Arabischer Frühling, Berlin 2020; HBS 6.1.2021, 10 Jahre Kampf um Würde und Freiheit, Berlin; RLS, 2020, Der unvollendete «arabische Frühling» [Hervorhebung blau: S.R.].

Abbildung 1). Dieser Beitrag stellt nun die Frage, nach welchen Maßstäben diese Einschätzungen getroffen wurden und welche anderen Bewertungskriterien zur Verfügung stehen.

Denn schaut man über den Tellerrand deutscher Publikationen hinaus, findet man wesentlich differenziertere Einschätzungen. Einige Experten behaupten etwa, dass „der Arabische Frühling noch lange nicht vorbei ist“ (Fahmi 2021). Dies sind keine Einzelmeinungen, denn sie werden von internationalen Leitmedien aufgegriffen (washingtonpost.com, 18.2.2021). Dazu gehört der einflussreiche arabische Nachrichtensender Al Jazeera, bei dem auch kritische Journalisten und Wissenschaftler aus der Region zu Wort kommen. Rückblickend zum zehnten Jahrestag des Arabischen Frühlings sprechen Experten wie Archin Adib Muqaddam von einer „zweiten Demonstrationswelle im Sudan, Algerien, Irak und Libanon“ (aljazeera.net, 23.11.2020). Nach seiner Prognose wird der Wandlungsprozess der arabischen Staatenwelt noch Jahre andauern.

Ausgehend von diesen unterschiedlichen Bewertungen möchte dieser Beitrag auf Aspekte aufmerksam machen, die im Diskurs über den Arabischen Frühling bisher zu kurz kommen. So beruhen die oben genannten Einschätzungen alle auf **demokratiethoretischen Annahmen**. Doch der Einsatz unterschiedlicher Kriterien führt zwangsläufig zu verschiedenen Ergebnissen. Zudem stellt sich aus wissenschaftlicher Sicht die Frage nach der Reichweite dieses theoretischen Rahmens. So verweist die Forschung zur **Systemtransformation** in Osteuropa nach 1990 und die **Transformationstheorie** im Allgemeinen darauf, dass politische Reformprozesse immer im Kontext anderer Bereiche betrachtet werden müssen, so auch der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung. Im Folgenden werden hierzu konkrete Erklärungsansätze vorgestellt.

Ein Forschungsdefizit sticht in Bezug auf den Arabischen Frühling besonders ins Auge, nämlich die Vernachlässigung der **Modernisierungstheorie**. Dabei haben die beiden französischen Demographen Emmanuel Todd und Youssef Courbage auf dieser theoretischen Grundlage die politischen Veränderungen in der arabischen Welt um Jahre vorhergesehen. Warum bekamen ihre Thesen nach Beginn der Umbrüche so wenig Aufmerksamkeit? Schließlich verspricht die **Interdependenztheorie** einen erkenntnisreichen Perspektivwechsel. Denn viele Autoren fokussieren ihre Beiträge zu den Umbrüchen in Nordafrika und im Nahen Osten (MENA-Region) auf die innerstaatlichen Entwicklungen. Dabei mischen sich externe Akteure seit jeher in diese Region

ein und beeinflussen somit die Resultate, die sie heute beklagen. Wenn sie nicht über ihre eigene Rolle reflektieren, können Einschätzungen nicht überzeugen (vgl. Abbildung 2).

### 1. Die Anwendung unterschiedlicher Kriterien aus der Demokratietheorie

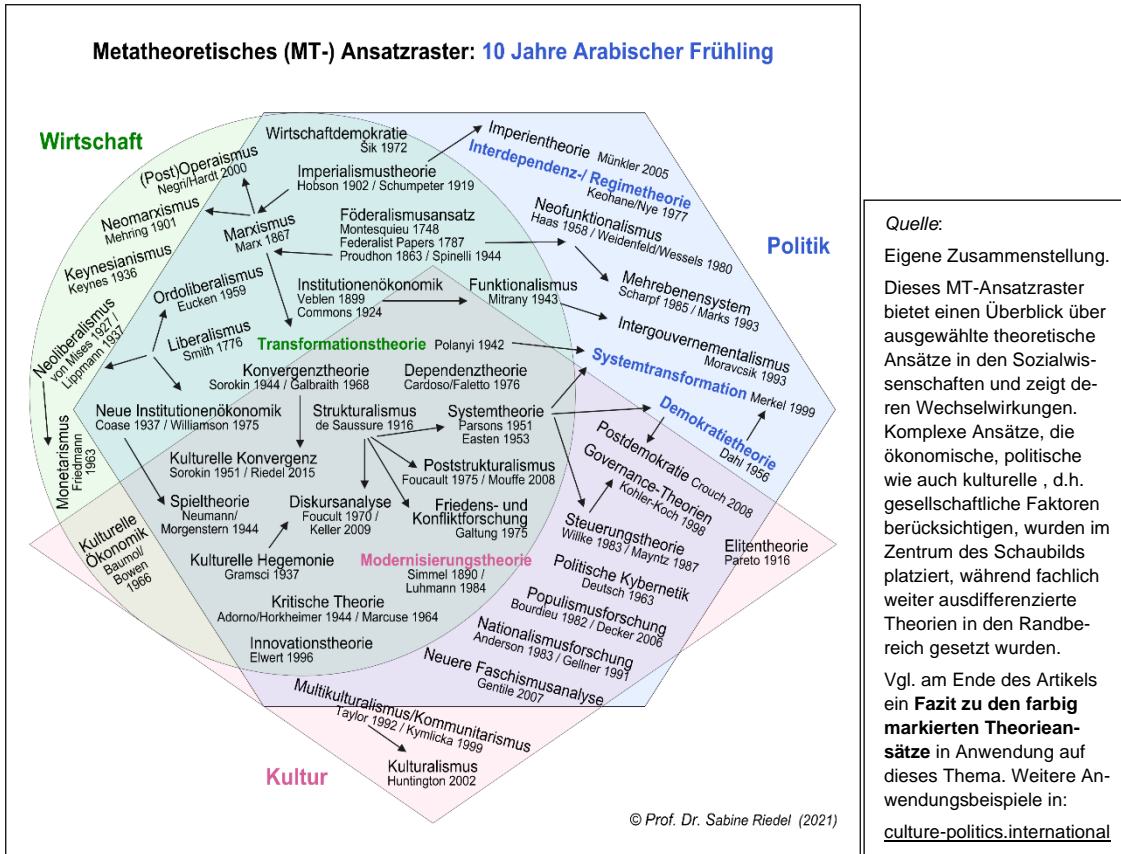
Es lohnt sich, auf die Anfänge der modernen Demokratieforschung des 20. Jahrhunderts zurückzuschauen und sich der Kriterien bewusst zu werden, nach denen politische Systeme als demokratisch bezeichnet werden. Der US-amerikanische Politikwissenschaftler Robert A. Dahl nannte einen Kernbestand von sechs Grundfreiheiten. Dazu gehören das Recht auf frei Wahlen und den Zugang zu politischen Ämtern sowie das Recht auf freie Meinungsäußerung und den Zugang zu unabhängigen Informationen (vgl. Abbildung 3). Werden dieser Freiheitsrechte eingeschränkt, sind Demokratien in Gefahr, dies zeigen die Präsidentschaftswahlen in den USA sowie die Notverordnungen europäischer Demokratien in der Corona-Krise. Erwähnenswert ist zudem, dass Dahl sein Modell als „Polyarchie“, d.h. „Herrschaft der Vielen“ bezeichnete, um den Pro-

zesscharakter abzubilden, an dessen Ende das idealtypische Modell der Demokratie steht.

Mithilfe dieser formalen Kriterien können nicht nur demokratische Systeme von autoritären Regimen abgegrenzt werden. Es lassen sich damit auch Übergänge beschreiben, wie sie im Verlauf des Arabischen Frühlings angestoßen wurden. Doch die zitierten negativen Bilanzen zum zehnten Jahrestag geben sich damit offenbar nicht zufrieden. Sie sind ergebnisorientiert, wenn sie feststellen, dass Tunesien das einzige Land sei, in dem sich „seit 2011 eine fragile Demokratie entwickelt“ habe (FES 2020: 5, vgl. Abbildung 1). Prüft man diese Aussage anhand Dahls Kriterienkatalog, kommen Zweifel, ob das politische System Tunesiens tatsächlich alle Voraussetzungen für eine Demokratie erfüllt.

Ein wesentliches Defizit betrifft das Recht auf Zugang zu allen Staatsämtern. Denn in der neuen Verfassung blieb die Bestimmung erhalten, dass sich nur ein Muslim um das Amt des tunesischen Staatspräsidenten bewerben darf (vgl. Art. 38, Tunisia's Constitution of 1959 und Art. 74, Tunisia's Constitution of 2014). Diese Voraussetzung ist Ausdruck der islamischen Identität der tunesi-

Abbildung 2



Quelle:  
Eigene Zusammenstellung.  
Dieses MT-Ansatzraster bietet einen Überblick über ausgewählte theoretische Ansätze in den Sozialwissenschaften und zeigt deren Wechselwirkungen. Komplexe Ansätze, die ökonomische, politische sowie auch kulturelle, d.h. gesellschaftliche Faktoren berücksichtigen, wurden im Zentrum des Schaubilds platziert, während fachliche Theorien in den Randbereich gesetzt wurden.  
Vgl. am Ende des Artikels ein **Fazit zu den farblich markierten Theorieansätzen** in Anwendung auf dieses Thema. Weitere Anwendungsbeispiele in: [culture-politics.international](http://culture-politics.international)

schen Republik, wie sie in Artikel 1 der Verfassung (1959 und 2014) festgelegt ist. Sie steht jedoch in Widerspruch zu anderen Artikeln, so etwa zur rechtlichen Gleichstellung aller Bürger (Artikel 21) und zum Recht auf Religionsfreiheit (Artikel 6), was in der verfassungsgebenden Versammlung zu kontroversen Diskussionen führte. Dabei standen sich zwei politische Kräfte gegenüber, die Vertreter einer strikten Trennung zwischen Religion und Staat und die islamistischen Kräfte der Ennahda-Bewegung (حركة النهضة). Wie schon deren Name besagt, streben sie nach einer religiösen „Wiedergeburt“ Tunesiens durch die Einführung religiösen Rechts, der islamischen Scharia (Ghannouchi 2016: 5).

Auch wenn die Islamisten ihre Maximalforderungen nicht durchsetzen konnten, so verzögerten sie den Reformprozess erheblich (Abdelkefi 2016: 2). Aus demokratietheoretischer Sicht lässt sich hinzufügen, dass die Wiedereinführung religiösen Rechts eine Rückkehr in die Vormoderne bedeutet hätte, entweder in die Zeit des Osmanischen Reichs (bis 1881) oder in die der französischen Kolonialherrschaft (1881 – 1956). Frauen

wären ebenso rechtlich benachteiligt worden wie religiöse Minderheiten oder Staatsbürger ohne Konfessionszugehörigkeit. In der tunesischen Verfassungsdiskussion, die ausführlich vom United Nations Development Programme (UNDP) dokumentiert wurde (UNDP Arab States 2016), kommt deutlich zum Ausdruck, dass Islamismus und Demokratie gemäß ihrem Wertehorizont miteinander nicht vereinbar sind. Dagegen passen Islam und Demokratie sehr wohl zusammen, wenn die muslimischen Organisationen den religiösen Pluralismus moderner Gesellschaften akzeptieren und die weltliche Gesetzgebung als übergeordnetes und für alle bindendes rechtliches Dach anerkennen (Riedel 2017: 28).

Selbst das erfolgreiche Beispiel Tunesien macht deutlich, dass mit einer Fokussierung auf die Ergebnisse von Reformen entscheidende Prozessdynamiken ausgeblendet werden. So kann man im Nachhinein Ägypten und Syrien als typische Länderbeispiele anführen, wo „Proteste gewaltsam unterdrückt“ wurden, und eine Radikalisierung folgte (KAS 2020, vgl. Abbildung 1). Aus demokratietheoretischer Perspektive ist jedoch die Frage relevant, welche Reformprozesse auch dort in der Anfangsphase abliefen. In den Medien wurde „Ägyptens islamistischer Präsident Mohammed Mursi“ als Vermittler dargestellt (zeit.de, 27.6.2013), der nach Massenprotesten gegen die neue Verfassung (2012) zur „nationalen Versöhnung aufrief“ (reuters.com 26.6.2013). Dagegen bezeichnete Der Spiegel die syrische Verfassungsreform zu jener Zeit als „Assads Reformlüge“ (spiegel.de, 24.2.2012), obwohl er bestätigte, dass dies „das Aus für den Sozialismus“ bedeute und die Baath-Partei mit dem neuen Mehrparteiensystem ihre Monopolstellung verlor.

Erwähnenswert ist ein Vergleich der Abstimmungsergebnisse in den beiden Verfassungsreferenden. Während 63,8 Prozent der Ägypter mit Ja votierten (Wahlbeteiligung 33 Prozent, sueddeutsche.de, 26.12.2012), lag die Zustimmung in Syrien bei 89,4 Prozent (Wahlbeteiligung 57,4 Prozent, nytimes.com, 27.2.2012). Es bleibt erklärungsbedürftig, nach welchem Maßstab die Lage in beiden Ländern Anfangs so unterschiedlich beurteilt wurde. Nicht zuletzt wird der demokratietheoretische Ansatz in Bezug auf die 22 Mitgliedstaaten der Arabischen Liga selektiv angewendet. So gibt es nur wenige Analysen zur politischen Entwicklung in den Monarchien wie Marokko, Jordanien und des Golf-Kooperationsrats (Saudi-Arabien, Kuwait, Oman, Katar, Bahrain, Vereinigte Arabische Emirate, VAE). Berichte über die Verfolgung von Oppositionellen bleibt Menschenrechtsorganisationen überlassen, so

Abbildung 3

**Demokratische Rechte und Freiheiten nach Robert A. Dahl (Polyarchie):**

„Ich muss die grundlegenden politischen Institutionen einer repräsentativen Regierung in einem modernen demokratischen Land nicht im Detail beschreiben. Aber soweit sollte klar sein, dass wie im Idealfall auch in der Praxis die Existenz einer repräsentativen Demokratie voraussetzt, dass alle volljährigen Bürger über eine Reihe von Grundrechten, Freiheiten und Möglichkeiten verfügen. Dazu zählen:

- das Recht, bei der Wahl von Volksvertretern in freier und fairer Weise abzustimmen;
- das Recht, sich um ein Wahlamt zu bewerben;
- das Recht auf freie Meinungsäußerung;
- das Recht, unabhängige politische Organisationen zu gründen und sich ihnen anzuschließen, einschließlich politischer Parteien;
- das Recht auf Zugang zu unabhängigen Informationsquellen;
- Rechte auf alle anderen Freiheiten und Möglichkeiten, die für das effektive Funktionieren der politischen Institutionen einer repräsentativen Demokratie erforderlich sind.

Um schließlich vollständig demokratisch zu sein, wie wir das Ideal heute verstehen, müssten alle oder zumindest die meisten volljährigen Bürger, die unter seiner Gerichtsbarkeit stehen und an seine Gesetze gebunden sind, diese Rechte besitzen. [...]“

Quelle: Dahl 2004, Robert A. Dahl, Democratic Politics in Advanced Countries: Success and Challenge, in: Atilio A. Boron (Hg.), New Worldwide Hegemony. Alternatives for Change and Social Movements, Buenos Aires 2004, S. 58f [Hervorhebung blau und Übersetzung: S.R.].

etwa in Bahrain ([HRW 2020-1](#)), in den VAE ([HRW 2020-2](#)) und in Jordanien ([HRW 2020-3](#)).

## 2. Erfahrungen der Systemtransformation und aus der (Wirtschafts-)Transformation in Osteuropa wurden wenig beachtet

Ein Ansatz, der in wissenschaftlichen Analysen zum Arabischen Frühling bisher nur wenig Beachtung fand, ist die Systemtransformation. Dies ist ein deutlicher Hinweis auf das geringe Forschungsinteresse am Vergleich politischer Systeme. Die Länderexpertise ist offenbar mehr gefragt als das Erfahrungswissen aus der Transformationsforschung über Osteuropa und Zentralasien. Dabei könnte man eine Reihe an Synergieeffekten erwarten. Hätten die Analysen zum Arabischen Frühling allein die Tatsache berücksichtigt, dass die Demokratisierung Europas in vier großen Wellen verlief und einen Zeitraum von rund 80 Jahren benötigte (vgl. Abbildung 4), wären ihre Bilanzen nach nur 10 Jahren längst nicht so negativ ausgefallen.

Ein Vergleich zwischen den Reformstaaten Osteuropas und der arabischen Welt hätte unter einer transformationstheoretischen Perspektive auch die wirtschaftspolitischen Aspekte stärker zur Sprache gebracht. Auf den ersten Blick scheint der Arabische Frühling – im Unterschied zu den Umbrüchen in Osteuropa – keine grundlegenden Veränderungen der Wirtschaftssysteme mit sich gebracht zu haben. Doch ein Rückblick auf die 1990er Jahre lässt erkennen, dass bereits damals einige arabische Länder von der Transformation Osteuropas tangiert worden sind. So hatten zumindest Algerien, Libyen, Ägypten und Syrien Zentralverwaltungswirtschaften nach sowjetischem Vorbild. Spätestens mit dem Zusammenbruch des sozialistischen Wirtschafts- und Handelssystems unter Führung der damaligen Sowjetunion, waren sie gezwungen, ihre Volkswirtschaften dem Weltmarkt zu öffnen und somit viele Wirtschaftsbereiche zu privatisieren.

Die Liberalisierungswelle in Nordafrika Anfang der 90er Jahre erfasste schließlich auch die Nachbarstaaten. Dabei lenkte die Europäische Union (EU) ein besonderes Augenmerk auf die Unterstützung Algeriens. Insbesondere Frankreich hatte sich für neue Kredite vom Internationalen Währungsfonds (IWF) eingesetzt. Denn das Bruttoinlandsprodukt (BIP) war dort eingebrochen, so dass die Inflations- und Arbeitslosenrate auf über 20 Prozent anstieg und das Haushaltsdefizit immer drückender wurde. Schließlich mussten die wachsenden Importe aus westlichen Industriestaaten mit harten Devisen bezahlt werden. Die Konditionen der neuen IWF-Kredite waren diesel-

ben wie in den Reformstaaten Osteuropas: „Erhöhung der Preise für subventionierte Güter und weitere Liberalisierung der Inlandspreise, [...] zügigere Reform der öffentlichen Unternehmen und des Bankensektors, Überprüfung der Mieten für Sozialwohnungen und weitere Strukturreformen im Wohnungswesen.“ ([eur-lex.europa.eu, 4.10.1994](#): 3) Weitere Berichte des IWF belegen, wie neben Algerien auch Marokko und Tunesien ihre Finanzmärkte liberalisieren mussten, um die Auslandsschulden zu bedienen ([imf.org, 7/1997](#)).

### Abbildung 4

#### Klaus v. Beyme: Systemwechsel in Osteuropa

In der Zeit der partizipatorischen Revolution der 70er Jahre wurde Demokratisierung als Prozeß aufgefaßt, der von der staatlichen Ebene in alle Subsysteme hineingetragen werden mußte. Selbst Robert Dahl (1984) begann sich für die Wirtschaftsdemokratie zu interessieren, die der amerikanischen Denktradition zutiefst fremd ist. Wirtschaftsdemokratie sollte die politische Demokratie vollenden. In dieser Kontroverse standen zwei Konzeptionen gegeneinander: die eine sah *oikos* und *polis* seit der antiken Demokratie nach verschiedenen Strukturprinzipien aufgebaut an. [...] Die zweite Konzeption drohte in ihrem Einsatz für mehr Partizipation die Gesellschaft erneut zu entdifferenzieren. Ein Interesse, das die Sphären von Wirtschaft, Kultur und Politik umgreifen sollte, war das Ziel von mehr Partizipation auf allen Ebenen. [...] Volle Demokratisierung aller Subsysteme der Gesellschaft erwies sich als ein Traum, der den Funktionsgesetzen von Bereichen wie Wirtschaft, Wissenschaft, Religion und Kunst nicht gerecht wurde. Die Partizipationsdebatte der 60er und 70er Jahre hatte jedoch eine Einsicht hinterlassen: Demokratie ist kein Endzustand. [...]

Vier Wellen der Demokratisierung durch Systemwechsel hat Europa erlebt:

- (1) In der *ersten Welle* der Demokratisierung **nach dem Ersten Weltkrieg** war der Systemwechsel nicht selten mit dem Übergang von der konstitutionellen Monarchie zur Republik verbunden (Deutschland, Österreich, Finnland, später auch Spanien). [...]
- (2) Die *zweite Welle* der **Demokratisierung nach 1945** war eigentlich eher ein zweiter Anlauf im Prozess der Demokratisierung. Mit dem Sieg über die faschistischen Mächte wurde eine Wiedereinführung der Demokratie möglich. [...]
- (3) Die *dritte Welle* der **Demokratisierung in Südeuropa und in Lateinamerika** war nicht so stark wie die beiden ersten Wellen von kriegerischen Ereignissen ausgelöst worden. [...]
- (4) Die *vierte Welle* der **Demokratisierung in Osteuropa** wurde wiederum von einem säkularen Ereignis ausgelöst: dem Niedergang der Blockvormacht Sowjetunion. Die Vielfalt der Modelle des Systemwechsels war nicht geringer als in der dritten Demokratisierungswelle. [...]

Quelle: [Beyme 2004](#), Klaus von Beyme, Systemwechsel in Osteuropa, Frankfurt/M. 1994, 3. Auflage 2016, S. 9–12 [Hervorhebung blau: S.R.].

Mit Abschluss der Wirtschaftstransformation bzw. der Liberalisierungsmaßnahmen Ende der 1990er Jahre konnten sich die Staaten Nordafrikas wirtschaftlich einigermaßen konsolidieren. Doch der Preis dafür war eine immer größer werdende Abhängigkeit von ausländischen Geldgebern. Denn sie wurden dazu verleitet, stetig mehr zu importieren als eigene Produkte herzustellen und abzusetzen, so dass sie allmählich in eine negative Handelsbilanz und in ein Haushaltsdefizit hineinrutschten. Dies geschah jedoch zu unterschiedlichen Zeitpunkten: Während die Staatshaushalte Tunesiens und Marokkos in den letzten 20 Jahre fast durchgehend rote Zahlen schrieben (StBA Tunesien 2020: 4, StBA Marokko 2020: 4), begann die Staatsverschuldung Ägyptens erst im Jahr 2000 (StBA Ägypten 2020: 4) und die Algeriens in 2009 (StBA Algerien 2020: 4). Die Folgen liegen auf der Hand, nämlich weitere Kürzungen bei Investitionen, Bildung und Sozialausgaben.

Diese problematischen Resultate bewegten die Vertreter des IWF nicht etwa zu einer Korrektur ihrer Reformvorschläge, vielmehr forderten sie zum Beispiel Tunesien auf, die notwendigen Reformen fortzusetzen, um die makroökonomische Stabilität zu erhalten“ (IWF Tunisia 2008: A3). Dabei erwähnten sie zwar die hohe Arbeitslosigkeit von über 14 Prozent (bei Jugendlichen von rund 30 Prozent). Doch ihre Empfehlungen zur Lösung dieser gesellschaftspolitischen Herausforderungen gingen über die Sammlung von arbeitsmarkt-relevanten Daten nicht hinaus (a.a.O.: 8). Im Grunde stärkten sie den damals regierenden Eliten den Rücken, obwohl diese in vielen Fällen von den Reformen profitierten (bbp.de, 2.2.2016).

So wurde das Ausmaß der Korruption in Tunesien erst nach dem Sturz Ben Alis sichtbar. Ein Gericht hatte in Abwesenheit gegen ihn ermittelt und festgestellt, dass die Präsidentenfamilie in diesen Reformjahren ein Viertel des gesamten BIP veruntreut hatte (spiegel.de, 27.1.2016). In Zahlen waren dies etwa 10 Milliarden Euro. Der Skandal war damit noch nicht endgültig aufgearbeitet, denn der Diktator verließ das Land mitsamt seinem Vermögen, darunter 1,5 Tonnen Gold. Dies ist nachweislich durch Steuerbetrug, unrechtmäßigen Steuergewinnen und damit verbundenen Wettbewerbsvorteilen zustande gekommen (NZZ 27.6.2015). An diesem Beispiel lässt sich die Relevanz der Forschungsfrage ablesen, ob die Transformations- bzw. Reformprozesse in Politik und Wirtschaft parallel verlaufen, wie in Osteuropa Mitte der 1990er Jahre, oder konsekutiv wie in den Ländern Nordafrikas.

Die von einigen Politologen angebotene Erklärung, dass eine „simultane Transformation der

politischen und ökonomischen Systeme eine Überforderung darstelle“ (Beck 2013: 656, dort verwiesen auf: Merkel 2008), überzeugt nicht. Rückblickend lässt ein Ländervergleich dagegen eine andere Vermutung zu, nämlich dass die parallel ablaufende Transformation in Osteuropa ebenso Korruptionsskandale verursachte (Riedel 2015:120f.). Doch im Unterschied dazu hatte die Bevölkerung Nordafrikas kaum Hoffnungen auf eine Änderung der politischen Machtverhältnisse. So könnte der Arabische Frühling zwei Jahrzehnte später als eine „nachholende“ Entwicklung betrachtet werden. Die Realität hat in diesem Fall die wissenschaftlichen Prognosen widerlegt.

Wie in Osteuropa, so rückte auch im Arabischen Frühling die „Zivilgesellschaft“ in den Mittelpunkt. Es geht bei diesem Konzept um eine „gesellschaftliche Selbstorganisation von Bürgern und Bürgerinnen“ mit dem Ziel, sich in öffentliche Debatten einmischen und gesellschaftliche Verhältnisse zu verändern (Zimmer 2012). Doch wer verbirgt sich hinter all den „freiwilligen Vereinigungen (Vereine), Stiftungen, Initiativen, Nicht-Regierungsorganisationen bzw. Non-gouvernemental Organizations (NGOs), Nonprofit-Organisationen (NPOs)“ usw. (a.a.O.)? Schon zu Beginn des Arabischen Frühlings war in der Europäischen Union das Problem bekannt, dass nicht alle NGOs gemeinwohlorientiert sind, denkt man etwa an finanzkräftige Stiftungen großer Konzerne. Zudem vertreten sie in aller Regel partielle Interessen, sind also nur ihren Mitgliedern verpflichtet und haben keine demokratische Legitimation. Sie arbeiten oftmals nicht transparent und unterstehen keiner öffentlichen Kontrolle. Deshalb können zivilgesellschaftliche Organisationen, entgegen ihren erklärten Absichten, politische Ungleichheit hervorbringen (Sebald 2011).

Der Arabische Frühling ist hier ein anschauliches Beispiel. Er zeigt, wie zivilgesellschaftliche Akteure über demokratische Verfahren an politische Ämter gekommen sind und diese zum Schaden der Demokratiebewegung ausgefüllt haben. Alte Strukturen des autoritären Regimes zur Unterdrückung der Meinungsvielfalt verteidigten sie dort, wo es ihnen nützlich erschien. Angesprochen sind hier die islamistischen Organisationen, die in Tunesien und Ägypten schon bald nach dem Sturz der amtierenden Staatspräsidenten zu den politischen Gewinnern gehörten. Sie waren international vernetzt und programmatisch gut vorbereitet, um mit Beginn der Umbrüche den Takt für die anstehenden Reformen vorzugeben.

Ein Kernpunkt vieler Demonstranten war die konsequente Trennung zwischen staatlichen und religiösen Institutionen. Denn die gestürzten

Staatsführer hatten die Religion zur Verfolgung Oppositioneller missbraucht. Auch wenn westliche Medien Hosni Mubarak als „Pharao“ portraitierten ([dw.com, 5.2.2020](#)), so hatte er doch den Islam zu einem dominanten innenpolitischen Faktor gemacht. Er wollte die Muslimbrüder von einem ägyptischen Islam isolieren, der vom Staat kontrolliert wird: „Gemäßigte Prediger erhielten Fernsehsendungen zur Hauptsendezeit, die Behörden weiteten ihre Kontrolle über Moscheen aus und es gab eine umfassende Zensur im Namen des Islam.“ ([BBC, 25.1.2013](#)) Als die Muslimbrüder Mitte 2012 an die Macht kamen, mussten sie das islamische Scharia-Recht nicht mehr einführen, denn es galt seit 1980 als Hauptquelle der weltlichen Gesetzgebung ([Riedel 2017: 25](#)). Vielmehr wollte die umstrittene Verfassung von 2012 auch „seine fundamentalen und juristischen Regeln“ (ar. قواعدها الأصولية والفقهيّة) zulassen (vgl. Artikel 219, [Egypt's Constitution of 2012](#), ar. دستور مصر 2012, vgl. [ahram.org.eg, 12.12.2013](#)). Dadurch hätten sich salafistische und wahhabitische Lehrmeinungen aus den Golfstaaten einen Zutritt zu den Institutionen des ägyptischen Islam verschaffen können. Dies war das eigentliche Motiv hinter den Massenprotesten und dem Militärputsch von 2014.

Im Gegensatz zu Ägypten galt Tunesien bis 2011 als weltoffenes Land, in dem die Religion keine Rolle im öffentlichen Leben spielte. Diese säkulare Entwicklung, die noch am Ende der französischen Kolonialherrschaft angestoßen worden war, rief Anfang der 1980er Jahre einen gewaltbereiten islamistischen Widerstand hervor, der mit autoritären Maßnahmen bekämpft wurde. Dazu gehörte die Einrichtung eines Religionsministeriums im Jahre 1992 ([affaires-religieuses.tn, 23.2.2021](#)), das die muslimischen Selbstverwaltungsorgane kontrollierte. Diese Strukturen wollte die Ennahda nicht antasten, weil ihr weniger an der Religionsfreiheit, sondern daran gelegen war, dort ihre Anhänger zu platzieren.

Hier zeigen die autoritären Staaten der arabischen Staatenwelt Parallelen zu den ehemaligen sozialistischen Systemen, wo alle religiösen Institutionen unter Aufsicht standen. Während mit dem Umbruch in Osteuropa für die Religionsgemeinschaften eine neue Zeit anbrach, hat der Arabische Frühling in dieser Frage keine Fortschritte gebracht, selbst für Tunesien nicht. Man könnte sogar behaupten, dass sich die Instrumentalisierung des Islam fortsetzt und weiter zuspitzt. Hier offenbart sich ein weiterer Qualitätsnachweis demokratischer Systeme, nämlich die Toleranz gegenüber anderen Religionen und der Vielfalt innerhalb der eigenen Glaubensrichtung.

### 3. Die Modernisierungstheorie wird bis heute völlig unterschätzt – zu Unrecht

In Deutschland, und sicherlich auch in anderen europäischen Ländern, haben sich Experten gegenseitig vorgeworfen, sie hätten den Arabischen Frühling nicht vorhergesehen (z.B. [Haders 2011: 10](#), [Beck 2013: 641](#)). Darauf konnten sich politische Entscheidungsträger berufen, um von ihren eigenen Versäumnissen abzulenken: „Die Chancen des Arabischen Frühlings hat Europa damals verschlafen“ ([Maget 26.11.2020](#)). Kritische Journalisten fragten nach und erhielten von einem ehemaligen Chef des Bundesnachrichtendienstes die verblüffende Antwort, „Es hat keiner der Dienste, die in der Region historisch als ehemalige Kolonialmächte ganz andere Interessen und andere Präsenzen hatten, diese Entwicklungen vorhergesehen.“ ([Cicero.de, 24.2.2021](#)) Hieraus könnte man schließen, dass viele Beamte „den Kontakt zur Wirklichkeit verloren zu haben“ scheinen ([Cicero.de, 25.11.2016](#)). Noch besser aber wäre es, die Ausgangsthese zu prüfen, ob die Wissenschaft tatsächlich versagt hat.

Dies ist nicht der Fall, vielmehr macht der Arabische Frühling deutlich, wie stark die sozialwissenschaftliche Forschung unter einer Spezialisierung der Disziplinen leidet. Es gelingt ihr immer seltener, die gesellschaftlichen Entwicklungen von verschiedenen Perspektiven aus zu analysieren. Weniger „attraktive“ Ansätze ziehen die Forscher erst gar nicht in Erwägung. So war die Modernisierungstheorie eine Zeitlang „aus der Mode“ gekommen, bis sie vor wenigen Jahren wieder mehr Beachtung erhielt ([Wehling 2014](#)). Zu den Pionieren gehören die französischen Demographen Emmanuel Todd und Youssef Courbarge, die in ihrem Buch „Die unaufhaltsame Revolution“ anhand modernisierungstheoretischer Annahmen den Arabischen Frühling prognostizierten (Todd/Courbarge 2008).

Dabei gingen die beiden Wissenschaftler von Annahmen aus, die unter Demographen heute kaum mehr umstritten sind, nämlich dass die gesellschaftliche Weiterentwicklung ganz entscheidend von der Geburtenrate und dem Stand der Alphabetisierung bzw. Bildung abhängt. Von dieser Annahme ausgehend stellten sie schon vor rund 13 Jahren fest, dass es in der arabischen Welt früher oder später zu politischen Umbrüchen kommen werde. Vor allem in Nordafrika wuchs die Zahl der Hochschulabsolventen, insbesondere unter Frauen, für die entsprechende Arbeitsplätze fehlten. Immer mehr gutqualifizierte Fachkräfte standen vor der Erwerbslosigkeit, was die Unzufriedenheit mit dem politischen System verstärken musste (vgl. ausführlicher Abbildung 5).

## Abbildung 5

### Emmanuel Todd: Frei! Der arabische Frühling und was er für die Welt bedeutet

@si Warum ist in Ihrem Modell die Geburtenrate dann wichtig? Bei der Alphabetisierung leuchtet es ein: Man muss Flugblätter schreiben und lesen können. Aber die Geburtenrate? [...] Wenn die Frau lesen kann, bekommt sie weniger Kinder? Das müssen Sie erklären.

E. Todd [...] Das heißt nicht, dass keine Kinder mehr geboren werden. **Aber es bedeutet, dass allmählich eine Geburtenkontrolle einsetzt, dass sozusagen nicht mehr hingegenommen wird, dass das Schicksal oder Gott darüber entscheidet, wie viele Kinder man bekommt.** In Die unaufhaltsame Revolution [2008, S.R.] haben wir damit für große Überraschung gesorgt, aber aus Sicht von Demografen haben wir nur routinemäßige Feststellungen getroffen. Der Gedanke, dass die Menschheit sich universell über die Alphabetisierung, den Geburtenrückgang usw. weiterentwickelt, ist für Demografen Normalität. [...]

**Nicht alle Revolutionen erreichen sofort das Ideal der freiheitlichen Demokratie. Vielleicht gibt es nach Jahrzehnten der Stabilisierung am Ende überall freie Wahlen. Aber in bestimmten Ländern wirkt sich die Revolution zunächst einmal so aus, dass ein autoritäres Regime der besonderen Art errichtet wird [...]**

In einer Gesellschaft, die ihre Geburten kontrolliert, haben sich die Beziehungen zwischen Mann und Frau gewandelt. Noch dazu ereignet sich dieser Geburtenrückgang in einer Gesellschaft, in der die Jungen schreiben und lesen lernen. Damit tritt die Situation ein, dass die Söhne, nicht aber ihre Väter lesen können. **Dies führt zu einem Bruch in den Autoritätsbeziehungen, und zwar nicht nur auf familiärer Ebene, sondern implizit auf der Ebene der Gesamtgesellschaft. In den arabischen Gesellschaften, die patrilinear organisiert sind und in denen die Frauen den Männern im Status deutlich untergeordnet sind, ist dies natürlich eine entscheidende Variable.** Das bedeutet, dass sich diese Welt bewegt.

Quelle: Emmanuel Todd, Frei. Der arabische Frühling und was er für die Welt bedeutet, Emmanuel Todd im Gespräch mit Daniel Schneidermann, München 2011, S. 24f., 26, 30 [Hervorhebung blau: S.R.].

Eine globale Statistik zeigt die Entwicklung der Alphabetisierungsrate in den Ländern Nordafrikas seit den 1980er Jahren ([ourworldindata.org](http://ourworldindata.org), 20.9.2018). Auch wenn diese Daten (vgl. Abbildung 6) auf Schätzungen beruhen und die Vergleichsangaben zu den Staaten Europas und Zentralasiens möglicherweise zu hoch liegen, so ist doch eine deutliche Tendenz zu erkennen: Abgesehen von Mauretanien haben alle Länder den Anteil an Analphabeten innerhalb weniger Jahrzehnte um rund 40 Prozent verringern können. Tunesien macht hier keine Ausnahme, vielmehr lag sein Bildungsniveau schon seit längerem über dem von Algerien, Ägypten und Marokko. Die Graphik bestätigt nicht nur eindrucksvoll die Aus-

sagen der beiden Demographen Emmanuel Todd und Youssef Courbage über den Zusammenhang zwischen dem Alphabetisierungsgrad und sozialen Veränderungen. Sie weist auf einen weiteren Zusammenhang hin: Ausgerechnet die beiden Länder Libyen und Syrien, deren Bildungssysteme in der arabischen Welt lange Zeit weit über dem Durchschnitt lagen, sind mit dem Arabischen Frühling im Bürgerkrieg versunken. Dieser vernichtet daher nicht nur wertvolle Infrastruktur, sondern auch ihr Humankapital, was eine schwere Hypothek für den Wiederaufbau der Länder darstellt.

Hier schließt sich eine weitere interessante Überlegung aus Sicht der Modernisierungstheorie an. Todd weist daraufhin, dass die rasche Alphabetisierung Generationskonflikte auslöst. Die jüngere, gut ausgebildete Generation lässt sich von der älteren nicht mehr viel vorschreiben. Es droht ein Autoritätsverlust, der sich von den sozialen Beziehungen auf die politische Kultur überträgt und eine Vertrauenskrise gegenüber dem politischen System auslöst (vgl. ausführlicher Abbildung 5). Natürlich erklärt dieser Zusammenhang allein nicht den intensiven Gewaltausbruch. Doch verweist er auf ein verborgenes Aggressionspotential, das von anderen Faktoren, darunter auch externen Akteuren mobilisiert werden kann (vgl. hierzu Punkt 4 zur Interdependenztheorie).

Ein weiteres Argument der Modernisierungstheorie betrifft die gesellschaftliche Rolle der Frau in der arabischen Welt. Die Demographen können nachweisen, dass die Alphabetisierung mit der Geburtenkontrolle einhergeht, die wiederum die Chancen der Frauen auf Bildung, einen eigenen Beruf und ökonomische Unabhängigkeit von ihrem Lebenspartner verspricht. Viele politische Maßnahmen Tunesiens zur rechtlichen Gleichstellung, etwa das Verbot der Polygamie und des Tragens des Schleiers in der Öffentlichkeit, fußen auf dem Zivilgesetzbuch aus dem Jahre 1956 ([Toth 2010](#): 16 f.). Im Gegensatz zu dessen Vorläufern, dem ersten tunesischen Zivilgesetzbuch von 1909 und der osmanischen Mecelle (1869), hatte es die Prioritäten geändert: Aus der Koexistenz von religiösem und weltlichem Recht entwickelte sich eine klare Hierarchie: Die Auflösung der religiösen Gerichtshöfe symbolisierte die Zurückdrängung der islamischen Scharia in die Privatsphäre, so dass fortan die weltlichen Gesetze den Takt vorgaben ([Riedel 2017](#): 27 f.).

Einige Autoren wenden häufig ein, dass der damalige Staatspräsident Habib Bourguiba diese Reformen mit harter Hand durchsetzte und Tunesien damit in eine „Entwicklungsdiktatur“ verwandelte ([qantara.de](#), 20.11.2004). So berechtigt die

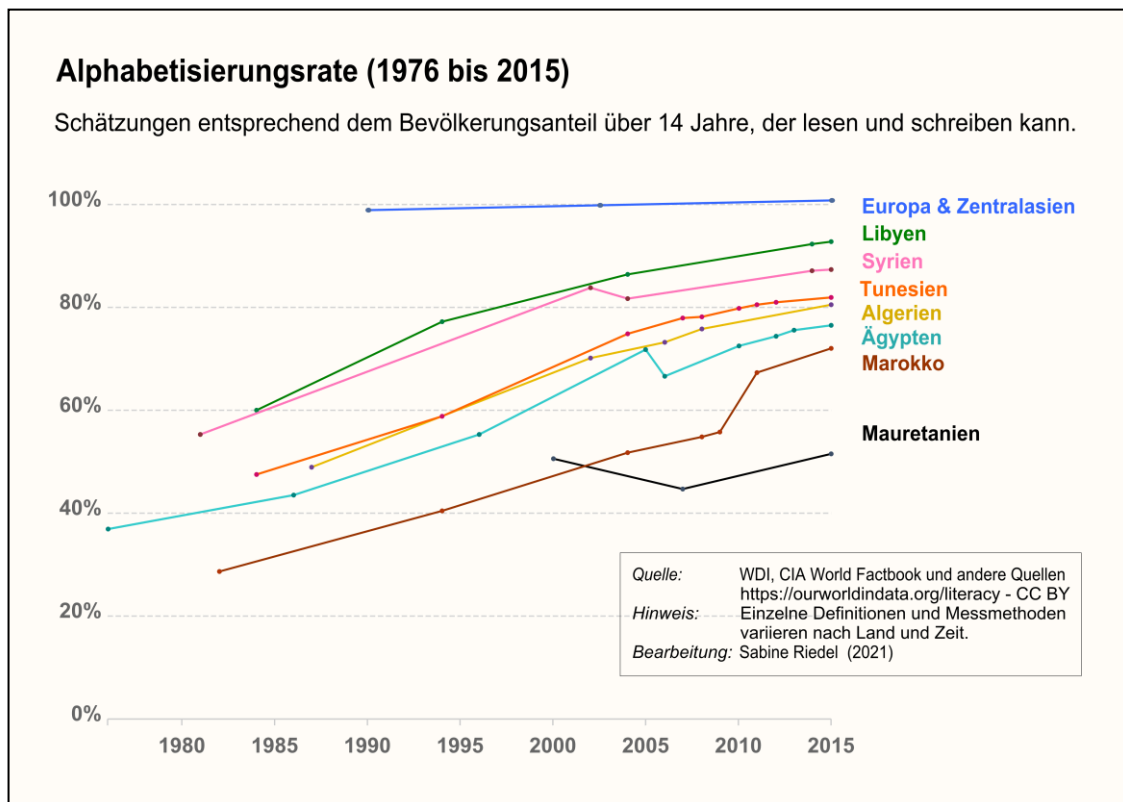


Kritik am autoritären Führungsstil sein mag, sie ändert aber nichts daran, dass er einen Schritt in die Moderne ging und den tunesischen Frauen den Weg zur Gleichberechtigung ebnete. Dies schlägt sich noch Jahrzehnte später im Wahlverhalten nieder. So stimmten bei der Präsidentschaftswahl Ende 2014 rund 75 Prozent der tunesischen Frauen für den damals schon 88-jährigen Beji Caid Essebsi ([LMd, 9.7.2015](#)). Unter Bourguiba war er Innenminister und galt als Garant für ein säkulares Tunesien. Sein Konkurrent, der Menschenrechtler Moncef Marzouki stand dagegen als Kandidat der Ennahda für eine Re-Islamisierung. Wie die Muslimbrüder in Ägypten nach ihrem Wahlsieg Frauenrechte beschneiden wollten ([spiegel.de, 15.3.2013](#)), so hob die regierende Ennahda in Tunesien das Kopftuchverbot auf. Das Argument, es diene der „Selbstbestimmung der Frauen“ beantworteten die Tunesierinnen mit langanhaltenden Protesten ([Gerlach 2016](#)). Essebsi setzte nach seiner Wahl zum Staatspräsidenten sein Versprechen um und baute die Frauenrechte aus: Er legalisierte Ehen aus unterschiedlichen Religionsgemeinschaften, stellte die Frauen im Erbrecht gleich und schützte sie vor häuslicher Gewalt ([sueddeutsche.de, 19.9.2017](#)).

Auch in anderen Ländern der arabischen Welt verbesserte sich die rechtliche Lage der Frauen infolge des Arabischen Frühlings. So sollte hier erwähnt werden, dass Anfang 2020 der König Saudi-Arabiens beschloss, Frauen mehr Freiheiten zu geben. Die Geschlechtertrennung in öffentlichen Räumen wurde aufgehoben, ebenso der Zwang zum Tragen des Kopftuchs bzw. Gesichtsschleiers. Sie dürfen fortan ihr Studium oder ihren Beruf frei wählen und ohne männliche Begleitung Kulturveranstaltungen besuchen und sogar Auto fahren. Dennoch haben sie bis heute einen männlichen Vormund, sind also ohne ihn nicht geschäftsfähig und dürfen auch nicht gegen seinen Willen heiraten ([focus.de, 10.3.2020](#)).

Während die saudischen Frauen bis heute Bürger, oder passender ausgedrückt Untertanen zweiter Klasse sind, hat das Königreich dem menschlichen Roboter namens Sophia unlängst die Staatsbürgerschaft verliehen ([youtube.com, 30.7.2017](#)). Dieses Beispiel gleicht einem schizophrenen Verhalten: Technologisch ist Saudi-Arabien längst in der Moderne angekommen und vielen anderen arabischen Ländern weit voraus. Doch der gesellschaftliche Wandel wird weiterhin unterdrückt, so dass es kulturell immer noch in einer Vormoderne verharret.

Abbildung 6



#### 4. Nach der **Interdependenztheorie** gab es im Arabischen Frühling externe Faktoren

Der Arabische Frühling wurde in der Berichterstattung westlicher Medien überwiegend als ein innerstaatliches Ereignis betrachtet, das je nach Land unterschiedliche Entwicklungen ausgelöst hat. In den Sozialwissenschaften und insbesondere in der Lehre von den internationalen Beziehungen ist diese isolierte Betrachtung seit mehr als vierzig Jahren überholt. Übertragen auf die Naturwissenschaften wäre das vergleichbar damit, die heutige Welt noch mit der Newtonschen Physik zu erklären. In diesem Sinne haben Robert O. Keohane und Joseph S. Nye mit ihrem Buch *Power and Interdependence* (Keohane/Nye 1977) die internationale Politik mit einem neuen Ansatz bereichert. Schon damals behaupteten sie, dass eine strikte Trennung zwischen Innen- und Außenpolitik kaum noch möglich sei. Dies habe damit zu tun, dass der Kreis relevanter Akteure größer geworden ist. Neben offiziellen zwischenstaatlichen Beziehungen bestimmen seit langem auch regierungsübergreifende und transnationale Netzwerke die politischen Agenden.

Folgt man diesem Ansatz, muss es externe Einflüsse auf den Arabischen Frühling gegeben haben. Ob sie sich entscheidend auf den Verlauf der Reformprozesse auswirkten oder nur eine marginale Rolle spielten, wäre viele Forschungsprojekte wert. Erstaunlicherweise wurden solche Fragen bisher kaum gestellt. Zwar gibt es Publikationen zur Rolle europäischer Staaten, doch werden diese meist nicht als externe Konfliktpartei, sondern als außenstehende Beobachter gesehen, die zudem den Umbruch verschlafen hätten ([Maget 26.11.2020](#)). Umso mehr verlangen Analysten heute eine Unterstützung für demokratische Reformen, wobei sie sich je nach politischer Orientierung in der Art der vorgeschlagenen Maßnahmen unterscheiden. Die einen legen den Schwerpunkt auf politische Diskurse ([KAS 2020](#)), die anderen fordern mehr finanzielle Unterstützung für Oppositionelle in der arabischen Welt ([Zenith 2020: 81](#)). Schließlich erinnern kritische Stimmen daran, dass westliche Eliten autoritäre Regime jahrelang unterstützten ([boell.de, 26.1.2021](#)), verteidigen aber die Einmischung in die inneren Angelegenheiten von Staaten, wenn es um die „gute“ Sache geht. Dabei vergessen sie, dass eine solche Entscheidung nicht in ihrer Macht liegt, sondern dem Völkerrecht untersteht.

Welche Erkenntnisse bietet nun der Ansatz der Interdependenz, wo gibt es Anknüpfungspunkte zu anderen Theorien und an welcher Stelle führt er definitiv weiter? Ein direkter Zusammenhang besteht zur Modernisierungstheorie. So

hatte der von tunesischen Demonstranten erzwungene Rücktritt Ben Alis Anfang 2011 offenbar die arabischen Monarchien aufgeschreckt. Sie leben in ständiger Abwehrhaltung vor gesellschaftlichen Umbrüchen, weil ihre politischen Systeme, die ihren Frauen und ausländischen Arbeitnehmern elementare Menschenrechte vorenthalten, nicht mehr zeitgemäß sind. Ein deutliches Zeichen ihrer Furcht vor Revolten war zum einen, dass Ben Ali Zuflucht in der saudischen Hafenstadt Dschidda gefunden hatte, wo ihm ein stattliches Exil geboten wurde. Zum anderen entsandten die Golfstaaten schon Mitte März 2011 Militäreinheiten gegen die Aufständischen in Bahrain und demonstrierten damit, dass sie zu keinerlei Zugeständnissen bereit waren ([Steinberg 2011](#)). Während diese Aktion schon bald beendet wurde, mündete die 2015 begonnene Militärintervention des Golfkooperationsrats im Jemen in einen Bürgerkrieg, der das Land zu einem „Schauplatz der schlimmsten humanitären Krise weltweit“ gemacht hat ([dw.com, 12.6.2020](#)).

Am Beispiel des Jemen lässt sich eine weitere These von Keohane und Nye überprüfen, nämlich die Annahme, dass militärische Gewalt zur Lösung von Meinungsverschiedenheiten weniger zwischen Bündnis- oder Wirtschaftspartnern eingesetzt wird, sondern eher gegenüber Staaten, die einem „rivalisierenden Block“ angehören (Keohane/Nye 1977: 20, Abbildung 7). In diesem Fall gilt der Konflikt im Jemen als Stellvertreterkrieg ([Transfeld 2020](#)), in dem Saudi-Arabien den wachsenden Einfluss des Iran auf der Arabischen Halbinsel zurückdrängen will. Dabei steht die schiitische Theokratie zunächst in einer religiösen Konkurrenz zum sunnitisch-wahhabitischen Königreich der Saudis. Das Besondere daran ist allerdings, dass in beiden Ländern die islamische Scharia der weltlichen Gesetzgebung als Richtschnur dient. Dies macht sie umso mehr zu harten Konkurrenten, wenn es um die Interpretation dieser religiösen Quellen geht. Darüber hinaus sind sie Rivalen in Bezug auf ihre politischen Systeme. Zwar legitimiert sich die schiitische Geistlichkeit durch das Wort Gottes, sie müssen dabei allerdings ein funktionierendes Parlament unter Kontrolle halten, während für die ebenfalls religiös legitimierte politische Macht der Golfmonarchien die politische Partizipation bis heute Fremdwörter geblieben sind.

Zu dem iranisch-saudischen Konkurrenzverhältnis passt die Einmischung Saudi-Arabiens in den Bürgerkrieg in Syrien, das es als „Irans Einfallstor in die arabische Welt“ betrachtet ([friedenskooperative.de, 4/2018](#)). Statt einer direkten militärischen Konfrontation, unterstützt Riad dort

seit Beginn an die sogenannte syrische Opposition, die den Sturz des Präsidenten Bashar al-Assad zum Ziel hat. Hierzu zählt der Syrische Nationalrat ([SNC, syriancouncil.org](http://SNC.syriancouncil.org)) sowie die Freie Syrische Armee (FSA), der sich ausländische Kämpfer angeschlossen haben. Viele westliche Staaten haben von Beginn des Syrienkriegs an die saudischen Bedrohungsperzeptionen übernommen und diese Organisationen mitfinanziert. Der kritischen Öffentlichkeit wird beschwichtigend entgegengehalten, dies könne verhindern, dass sich „moderate Gruppen“ militanten Dschihadisten des Islamischen Staats (IS) anschließen ([sueddeutsche.de](http://sueddeutsche.de), 2.7.2014). Die Regierungen

westlicher Demokratien geben also vor, islamische Fundamentalisten zu bekämpfen, indem sie mit „moderaten Islamisten“ kooperieren. Dabei sind sie sogar bereit, ein Land zu zerstören, das schon vor Beginn des Arabischen Frühlings in seiner gesellschaftlichen Entwicklung weiter war als das saudische Königreich heute. Einen vermuteten Giftgaseinsatz des syrischen Militärs nutzten amerikanische, britische und französische Luftstreitkräfte, um in Syrien ihre völkerrechtswidrige Bombardierungen zu rechtfertigen ([welt.de](http://welt.de), 14.4.2018).

Die Frage nach den Interessen und Motiven der westlichen Staaten für eine solche irrationale und den eigenen Werten widersprechende Außenpolitik kann adäquat mit dem Begriff der komplexen Interdependenz erklärt werden. Danach sind offenbar die politischen, wirtschaftlichen und militärischen Beziehungen zwischen den westlichen Demokratien und den Golfstaaten, insbesondere zu Saudi-Arabien, bereits eng miteinander verwoben. Selbst historische Bezüge, wie die Zugehörigkeit Syriens zum ehemaligen französischen Mandatsgebiet im Nahen Osten, haben offenbar ihre Bindungswirkung verloren. Sogenannte Pfadabhängigkeiten, wie sie in der Transformationsforschung intensiv diskutiert werden, sind anscheinend außer Kraft gesetzt worden.

Die analytische Unterscheidung zwischen wechselseitigen Abhängigkeiten und einer komplexen Interdependenz ist ebenso geeignet, um die Hintergründe der internationalen Militäroffensive gegen Libyen zu erklären. Sie erwies sich weder als eine „humanitäre Intervention“, wie dies die UN-Resolution 1973 (17.3.2011) angekündigt hatte, noch war sie ein „Rachefeldzug“ Frankreichs gegen Revolutionsführer Muammar al-Gaddafi ([dw.com](http://dw.com), 22.3.2018). Vermutlich ging es dabei vor allem um den Zugang zu libyschen Ölressourcen, wie russische Medien berichteten ([rt.com](http://rt.com), 12.4.2019). Doch auch dies wird nur der Baustein eines größeren Interessentableaus sein. Libyen gab genügend Anlässe, internationale Kritik vor allem in Menschenrechtsfragen auf sich ziehen. Zudem war es wegen seiner zögerlichen Liberalisierung ein Außenseiter geblieben ([Pöchhacker 2009: 118](http://Pöchhacker)).

Infolge seines Strebens nach politischer Unabhängigkeit und wirtschaftlicher Autarkie schloss sich Libyen schon 1963 der Bewegung der Blockfreien Staaten (Non Aligned Movement, NAM) an. Diese hatte sich nach einem ersten Vorbereitungstreffen im indonesischen Bandung (1955) schließlich in Belgrad (1961) organisatorisch zusammengeschlossen (vgl. Abbildung 8). Ihr Ziel war es, ein Gegengewicht zur damaligen System-

### Abbildung 7

#### **Robert O. Keohane, Joseph S. Nye: Power and Interdependence (1977)**

„Die komplexe Interdependenz hat drei zentrale Merkmale:

1. *Mehrere Kanäle* verbinden Gesellschaften: informelle Beziehungen zwischen Regierungseliten sowie formelle Vereinbarungen der Außenministerien, informelle Beziehungen zwischen nichtstaatlichen Eliten (von Angesicht zu Angesicht und durch Telekommunikation) und transnationale Organisationen (wie multinationale Banken oder Unternehmen). *Diese Kanäle können als zwischenstaatliche, regierungsübergreifende und transnationale Beziehungen zusammengefasst werden.* [...]
2. Die Agenda zwischenstaatlicher Beziehungen besteht aus vielen Themen, die nicht in einer klaren oder konsistenten Hierarchie angeordnet sind. Diese *fehlende Hierarchie zwischen den Themen* bedeutet unter anderem, dass die militärische Sicherheit nicht durchgängig die Agenda dominiert. *Viele Themen entstehen aus dem, was bislang als Innenpolitik galt, und die Unterscheidung zwischen Innen- und Außenpolitik wird unscharf.* Diese Themen werden in mehreren Behörden (nicht nur in Außenministerien) und auf mehreren Ebenen behandelt. Eine schlechte politische Koordinierung dieser Fragen ist mit erheblichen Kosten verbunden. [...]
3. *Militärische Gewalt wird von Regierungen gegenüber anderen Regierungen einer Region oder zu bestimmten Themen nicht eingesetzt, wenn eine komplexe Interdependenz besteht.* Sie kann jedoch in den Beziehungen dieser Regierungen zu Regierungen außerhalb dieser Region oder in anderen Fragen wichtig sein. Militärische Gewalt könnte z.B. für die Lösung von Meinungsverschiedenheiten über wirtschaftliche Fragen zwischen den Mitgliedern eines Bündnisses irrelevant sein, dagegen aber sehr wichtig für die politischen und militärischen Beziehungen dieses Bündnisses zu einem rivalisierenden Block. Für die ersteren Beziehungen wäre diese Bedingung der komplexen Interdependenz erfüllt, für die letzteren nicht.“

Quelle: Robert O. Keohane, Joseph S. Nye, Power and Interdependence, 4. Ausgabe, New York 2012, S. 20f. [Übersetzung und Hervorhebung blau: S.R.]

konfrontation zu schaffen, d.h. zum Ostblock bzw. den Warschauer Paktstaaten auf der einen und zu den westlichen Mitgliedstaaten der NATO auf der anderen Seite. In diesem Sinne verpflichteten sie sich zur Einhaltung von 10 Prinzipien, die der Erhaltung des Weltfriedens dienen. Dazu gehören der Respekt gegenüber der Souveränität und territorialen Integrität aller Staaten, der Verzicht auf Einmischung in deren innere Angelegenheiten und der Wille zur friedlichen Beilegung internationaler Konflikte (Bandung principles).

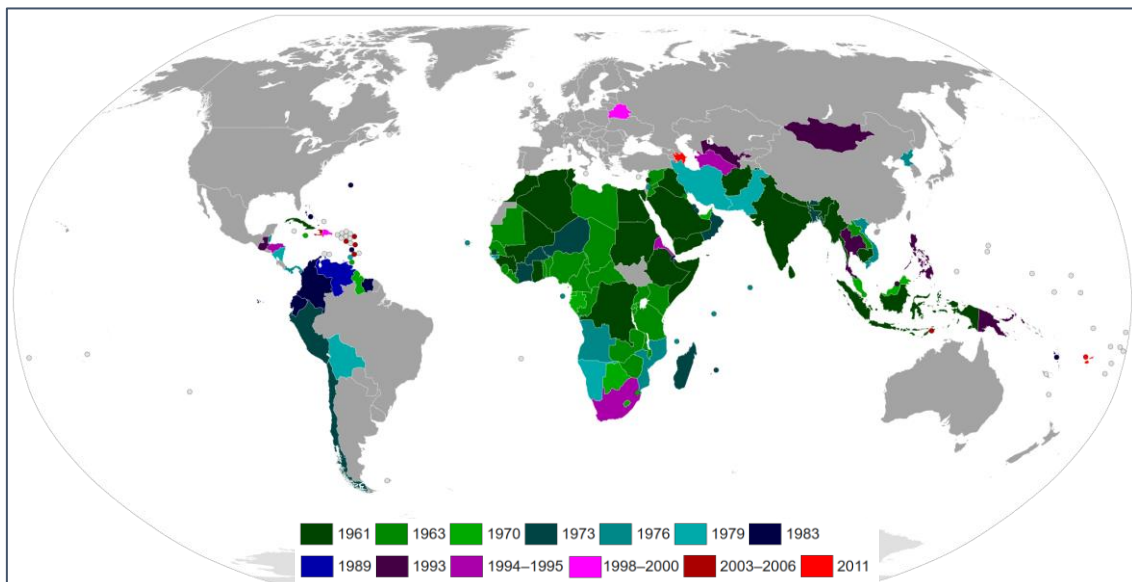
Der Staatszerfall Libyens nach der internationalen Militärintervention bestätigen in tragischer Weise, dass die Prinzipien von Bandung nichts von ihrer Bedeutung verloren haben. Es drängt sich sogar die Frage auf, ob Libyen gerade wegen seines Bekenntnisses zur Unabhängigkeit und Autarkie den Zorn mächtiger westlicher Staaten auf sich gezogen hatte. So ist eine Parallele zum Schicksal Jugoslawiens erkennbar, das sogar zu den Gründungsstaaten der NAM gehörte. Kurz vor Ende der Systemkonfrontation hatte Belgrad an europäische Türen angeklopft und eine Mitgliedschaft in der Europäischen Gemeinschaft (EG) sowie im Europarat beantragt (spiegel.de, 22.5.1989, Kalman 1993: 20). Doch anstatt dieses ehemals blockfreie Land für seine politische und wirtschaftliche Öffnung zu belohnen und ihm

eine Chance auf eine Mitgliedschaft zu eröffnen, wandte sich die EG den damaligen Reformstaaten des Ostblocks zu, die bis zum Schluss dem sowjetischen Typ der sozialistischen Planwirtschaft treu geblieben waren (Riedel 2015: 169). Ihnen bot sie die Mitgliedschaft an, während sie die Bundesrepublik Jugoslawien fallen ließen. In der Folge unterstützte sie sogar separatistische Kräfte mit militärischen Mitteln, anfangs in Bosnien-Herzegowina und später im Kosovo.

Bis heute scheint die westliche Staatengemeinschaft, positiv ausgedrückt, das Potenzial der NAM zu unterschätzen, weil ihre Beziehungen nur zu einigen Mitgliedern interdependent sind. Eine vorrausschauende und lösungsorientierte Außenpolitik wird hier allerdings Handlungsspielräume erkennen, die viele aktuelle Konflikte entschärfen oder sogar befrieden könnten. Denn im Kern ist in dieser Organisation eine Sicherheitsarchitektur erkennbar, die derzeit in Nordafrika und im Nahen Osten fehlt und es externen Akteuren so leicht macht, sich einzumischen und ihre Vorteile aus der zerfallenden Staatlichkeit zu ziehen. Statt die Streitigkeiten innerhalb der Blockfreien-Bewegung anzuheizen, sollten sich die westlichen Staaten, insbesondere EU-Mitglieder sich als Vermittler anbieten, um zumindest die staatlichen Konfliktparteien in Libyen,

## Abbildung 8

### Mitglieder der Bewegung der Blockfreien Staaten (Non-Aligned Movement, NAM) nach Beitrittsjahr



Quelle: Map of Member Countries of the Non-Aligned Movement, color-coded by date joined, Author: Akhenaten0, 6.4.2019, [https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Non-Aligned\\_Movement\\_by\\_Date\\_Joined.svg](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Non-Aligned_Movement_by_Date_Joined.svg)

Anmerkung: Ehemalige Gründungsmitglieder: Jugoslawien (1961-1992), Nordjemen (1961-1990), Zypern (1961-2004), ehemalige Mitglieder: Südjemen (1970-1990) und Malta (1973-2004).

Syrien, Irak und im Jemen an die Bandung-Prinzipien zu erinnern, zu denen sie sich verpflichtet haben. Dies setzt allerdings voraus, dass sie selbst ein Interesse am Frieden haben.

## 5. Fazit: Die Leistung der Theorieansätze bezüglich des Arabischen Frühlings

Die **Demokratiethorie (Dahl)**:

- ◆ Die meisten Einschätzungen zum arabischen Frühling basieren auf demokratiethoretischen Überlegungen. Sie messen den Erfolg der Protestbewegungen in der arabischen Staatenwelt an der Veränderung ihrer **politischen Systeme**.
- ◆ Dabei werden **zwei Modelle** gegenübergestellt, die **Demokratie und der Autoritarismus**. Danach fällt die Bilanz meist negativ aus: Bis auf Tunesien hat es nirgendwo einen Systemwechsel in Richtung Demokratie gegeben. Dagegen konnten autoritäre Regime ihre Macht konsolidieren.
- ◆ Die Fokussierung auf diese beiden Modelle vernachlässigt **Veränderungen innerhalb der bestehenden Systeme**. Berücksichtigt man in der Bilanz z.B. systemrelevante **Verfassungsreformen**, schneiden selbst autoritär geführte Staaten wie Ägypten und Syrien wesentlich besser ab.
- ◆ Bezogen auf die 22 Mitgliedstaaten der Arabischen Liga wird der **demokratiethoretische Ansatz selektiv angewendet**. Es gibt kaum Analysen zur politischen Entwicklung der **Monarchien wie Marokko, Jordanien und des Golf-Kooperationsrats** (Saudi-Arabien, Kuwait, Oman, Katar, Bahrain, Vereinigte Arabische Emirate, VAE).

Die **Systemtransformation (v. Beyme, Merkel) / Transformationstheorie (Polanyi)**

- ◆ Der Ansatz der Systemtransformation wird in den Analysen zum **Arabischen Frühling** kaum berücksichtigt. Es gibt offenbar **wenig Interesse am Systemvergleich** zwischen den ehemals sozialistischen **Staaten Osteuropas / Zentralasiens** und der arabischen Welt, obwohl hier Synergieeffekte zu erwarten sind.
- ◆ Erkenntnissen der Transformationsforschung der 1990er Jahre zufolge verlief die **Demokratisierung Europas in vier Wellen** in einem Zeitraum von rund 80 Jahren. Demzufolge haben die negativen Bilanzen zum Arabischen Frühling nach 10 Jahren nur eine geringe Aussagekraft.
- ◆ Der **transformationstheoretische Ansatz** thematisiert, dass der Arabische Frühling kaum wirtschaftliche Änderungen mit sich brachte. Doch könnte man von **konsekutiven Transformationsprozessen in Nordafrika** sprechen. Nach 1990 haben Algerien, Libyen, Ägypten und Syrien Teile ihrer **Zentralverwaltungswirtschaften liberalisiert**.
- ◆ Schon Jahrzehnte vor dem Arabischen Frühling erlebte die gesamte MENA-Region eine Welle der wirtschaftlichen Liberalisierung. In den meisten **autoritär regierten Regimen profitierten davon allein die Eliten**. Externe Geldgeber wie IWF und

EU empfahlen, die Reformen fortzusetzen, obwohl die Länder in eine Schuldenfalle gerieten.

- ◆ Im Arabischen Frühling trat dasselbe System-Merkmal zu Tage: In allen Ländern nehmen Regierungen **Einfluss auf islamische Institutionen und Lehren**. Deshalb blieb der Islam unter den oppositionellen Bewegungen ein **entscheidender ideologischer Referenzrahmen** (Riedel 2017).
- ◆ Mit dem Arabischen Frühling hat ein **Transformationsprozess** begonnen, der längerfristig zu einer **Trennung von staatlichen und religiösen Institutionen** führen können. Dies zu verhindern, ist das Ziel autoritärer (Nachbar-)Regime, die ihre Macht mit Öleinnahmen *und* „Gottes Wille“ legitimieren.

Die **Modernisierungstheorie (Todd)**:

- ◆ Forscher konnten anhand modernisierungstheoretischer Annahmen den **Arabischen Frühling prognostizieren**: Die französischen Demographen **Emmanuel Todd und Youssef Courbage** publizierten wenige Jahre zuvor „Die unauffaltbare Revolution“ (Todd/Courbage 2008).
- ◆ Sie können erklären, warum die Proteste nicht in den arabischen Monarchien, sondern in den Republiken begonnen haben. Entscheidende Faktoren waren die **Alphabetisierung und der Rückgang der Geburtenrate**. Die veränderte Stellung der Frau stieß einen **Modernisierungsprozess** an.
- ◆ Darüber hinaus führte die rasche Alphabetisierung in den patriarchalisch geprägten arabischen Gesellschaften zu **Generationskonflikten**. **Der Bruch von Autoritätsbeziehungen** übertrug sich von der Familie auf das politische System und schwächte das Vertrauen in die Eliten.
- ◆ Die Modernisierungstheorie führt zu der Erkenntnis, dass **die arabischen Monarchien** auf gesellschaftlicher Ebene **in einer Vormoderne** verharren. Ihr Streben nach technologischem Fortschritt mag das kaschieren, es führt aber wie in Saudi-Arabien zu einer schizophoren Situation, die eine politische Instabilität in sich bergen kann.

Die **Interdependenztheorie (Keohane/Nye)**:

- ◆ Der Arabische Frühling wird häufig als ein innerstaatliches Ereignis beschrieben, wobei exogene Faktoren ausgeblendet bleiben. R.O. Keohane und J.S. Nye prägten dagegen 1977 den Begriff der Interdependenz, wonach **Innen- und Außenpolitik kaum mehr zu trennen sind**. Längst bestimmen neben den **zwischenstaatlichen Akteuren auch regierungsübergreifende und transnationale Netzwerke** die politischen Agenden.
- ◆ Anknüpfend an die Transformationstheorie kann dieser Ansatz die Interessen von Staaten wie Iran oder Saudi-Arabien erklären: Über **islamische Institutionen** und eine **auswärtige Religionspolitik** bauen sie ihre **regionale Vormachtstellung** aus.
- ◆ Dieser Ansatz erklärt, dass sich die **westliche Staatengemeinschaft** die **Bedrohungsperzeption** der Golfmonarchien, insbesondere **Saudi-Arabi-**

ens zu eigen gemacht hat. Dies deutet auf eine [komplexe Interdependenz](#) hin.

- ◆ Dagegen hat die [westliche Staatengemeinschaft](#) andere arabische Staaten fallen gelassen, vor allem aus der [Bewegung der Blockfreien \(NAM\)](#). Dabei beinhaltet sie im Kern eine [Sicherheitsstruktur](#), die aktuelle Konflikte lösen könnte.

### Quellen und weitere Literatur (links):

(Alle Links wurden zuletzt am 27.2.2021 eingesehen)

[Abdelkefi 2016](#), Hédi Abdelkefi, The Tunisian Constitution: the evolution of a text, [UNDP Arab States, Constitution of Tunisia, 26.12.2016](#), ar.:

الهادي عبد الكافي: الدستور التونسي: تطور نص، برنامج الأمم المتحدة الإنمائي في الدول العربية، عملية الدستور، ٢٠١٦/٠٩/٢٥

[affaires-religieuses.tn, 23.2.2021](#), Ministerium für Religiöse Angelegenheiten, Ein historischer Überblick zum Verwaltungsaufbau religiöser Angelegenheiten in Tunesien, nur Arabisch:

الجمهورية التونسية، بوابة وزارة الشؤون الدينية، لمحة تاريخية عن التنظيم الإداري للشؤون الدينية بالبلاد التونسية.

[ahram.org.eg, 12.12.2013](#), Mariam Rizk, Osman El Sharnoubi, »Egypt's Constitution 2013 vs. 2012: A Comparison«, in: [ahramonline, 12.12.2013](#).

[aljazeera.net, 23.11.2020](#), 10 Jahre nach seinem Beginn ... Ist der Arabische Frühling gescheitert?

Was bleibt davon übrig?, arab. Text: 10 سنوات بعد على انطلاقه.. هل فشل الربيع العربي؟ وماذا بقي منه؟

[Bandung principles, Non-Aligned Movement \(NAM\), Bandung principles.](#)

[BBC, 25.1.2013](#), Yolande Knell, The complicated legacy of Egypt's Hosni Mubarak, in: BBC News.

[Beck 2013](#), Martin Beck, Der „Arabische Frühling“ als Herausforderung für die Politikwissenschaft, in: Politische Vierteljahresschrift, Vol. 54, No. 4 (2013), pp. 641-661 (21 pages).

[Beyme 2004](#), Klaus von Beyme., Systemwechsel in Osteuropa, Frankfurt/M. 1994, 3. Auflage 2016.

[boell.de, 26.1.2021](#), Bente Scheller, 10 Jahre Kampf um Würde und Freiheit.

[bpb.de, 2.2.2016](#), Kressen Thyen, Ursachen und Hintergründe der Krisen und Umbrüche in der arabischen Welt, in: Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.), Innerstaatliche Konflikte.

[Cicero.de, 25.11.2016](#), Thomas Jäger, Auswärtiges Amt – Wenn die Welt nicht mehr zum Weltbild passt.

[Cicero.de, 24.2.2021](#), Ex-BND-Chef Uhrlau: „Wir konnten den arabischen Frühling nicht vorhersehen“, das Interview führte Michael Naumann.

[Dahl 2004](#), Robert A. Dahl, Democratic Polities in Advanced Countries: Success and Challenge, in: Atilio A. Boron (Hg.), New Worldwide Hegemony. Alternatives for Change and Social Movements, Buenos Aires.

[DFK, 23.4.2016](#), Fünf Jahre „Arabischer Frühling“. Was hat die Revolution gebracht?, in: Deutschlandfunk.

[dw.com, 12.6.2020](#), Hilfsorganisationen warnen. Bombardierungen werfen Jemen eine Generation zurück.

[dw.com, 5.2.2020](#), Viktoria Kleber, Diana Hodali,

Nachruf. Husni Mubarak – der gestürzte Pharao ist tot, in: Deutsche Welle.

[dw.com, 22.3.2018](#), Gaddafi-Affäre. Libyen-Krieg als Rachefeldzug Sarkozys?, Deutsche Welle.

[Egypt's Constitution of 2012](#), [constituteproject.org](#), ar.: [دستور مصر 2012](#)

[eur-lex.europa.eu, 4.10.1994](#), Kommission der Europäischen Gemeinschaften, Vorschlag für einen Beschluß des Rates über eine weitere Finanzhilfe für Algerien, Brüssel, 94/0218 (CNS).

[Fahmi 2021](#), Georges Fahmi, The Arab Spring 10 Years On, Chatham House, 26.1.2021.

[FES 2020](#): Friedrich Ebert Stiftung (FES), Dossier zehn Jahre Arabischer Frühling. Das arabische Jahrzehnt. Eine Zeitenwende, Zenit, Berlin.

[focus.de, 10.3.2020](#), Sabrina Endl, Frauenrechte Saudi Arabien: Was Frauen dürfen und was nicht.

[focus.de, 3.12.2020](#), Canan Atilgan, 10 Jahre „Arabischer Frühling“. Bilanz ist ernüchternd – Reformen eingefroren. Gastbeitrag.

[friedenskooperative.de, 4/ 2018](#), May Darwich, Saudi-Arabien und Syrien. Saudi-Arabiens dunkle Rolle in der Syrienkrise.

[Gerlach 2016](#), Der kleine Unterschied. Tunesien, die Revolution und die Frauen, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 33-34/2016, S. 19-24.

[Ghannouchi 2016](#), Rached Ghannouchi, The evolution of Political Islam during the transition, [UNDP Arab States, Constitution of Tunisia, 26.12.2016](#),

راشد الغنوشي: تطور الإسلام السياسي خلال المرحلة الإنتقالية، برنامج الأمم المتحدة الإنمائي في الدول العربية، عملية الدستور، ٢٠١٦/٠٩/٢٥

[Haders 2011](#), Cilja Haders, Die Umbrüche in der Arabischen Welt: Zwischen Revolution und Restauration, Arbeitsstelle Politik des Vorderen Orients (Hg.), Proteste, Revolutionen, Transformationen – die Arabische Welt im Umbruch Working Paper No. 1, July 2011, S. 10-26.

[HBS 6.1.2021](#), Heinrich Böll Stiftung (Hg.), Bente Schneller, 10 Jahre Kampf um Würde und Freiheit, Berlin.

[HRW 2020-1](#), Human Rights Watch, World Report 2020, Bahrain, Events of 2019.

[HRW 2020-2](#), Human Rights Watch, World Report 2020, United Arab Emirates, Events of 2019.

[HRW 2020-3](#), Human Rights Watch, World Report 2020, Jordan, Events of 2019.

[imf.org, 7/1997](#), International Monetary Fond, Middle Eastern Department, Financial Sector Reforms in Algeria, Morocco, and Tunisia. A Preliminary Assessment, July 1997, WP/97/81.

[IWF Tunisia 2008](#), October 21, 2008, Tunisia 2008 Article IV Consultation: Staff Report.

Kalman 1993, Michael Kalman, Der Jugoslawienkonflikt. Friedenswissenschaftliche Interventionen. Arbeitspapier 023, Institut für Internationale Politik, Oktober 1993, Berlin.

[kas.de, 9.11.2020](#), NAMA Strategic Intelligence Solutions, Pre-Parliamentary Elections 2020 Survey, Jordanien.

[KAS 2020](#), Konrad Adenauer Stiftung (Hg.), Canan Atilgan, 10 Jahre Arabischer Frühling. Perspektiven für Demokratie im Nahen Osten und Nordafrika, Berlin.

- Keohane/Nye 1977, Robert O. Keohane, Joseph S. Nye, Power and Interdependence, 4. Ausgabe, New York 2012.
- LMD, 9.7.2015, Florence Beaugé, Tunesische Freiheiten. Frauen mit und ohne Schleier wollen mitreden, in: Le Monde diplomatique.
- Maget 26.11.2020, Franz Maget, Rebellion im Wartestand, in: Internationale Politik und Gesellschaft (IPG) Newsletter.
- Merkel 2008, Wolfgang Merkel, Plausible Theory, Unexpected Results. The Rapid Democratic Consolidation in Central and Eastern Europe, in: International Politics and Society 2/2008, S. 11-29.
- Mühlhausen/Riedel 2015, Anna Mühlhausen, Sabine Riedel, Algerien zwischen Transformation und Kontinuität. Stabilisierung autoritärer Herrschaft am Rande des Arabischen Frühlings, in: Arbeitspapier der FG Globale Fragen, 2015/1, Mai 2015, SWP Berlin.
- NZZ 27.6.2015, Annette Steinich, Ausgeraubtes Tunesien, in: Neue Zürcher Zeitung.
- ourworldindata.org, 20.9.2018, Max Roser, Esteban Ortiz-Ospina, Literacy, in: Our World in Data.
- Pöchlhacker 2009, Ralph Pöchlhacker, Libyen. Von der Kolonie zur „Dritten-Welt-Revolution, Universität Wien, 26.10.2009.
- qantara.de, 20.11.2004, Tunesien. Gesellschaftliche Bewegungen im Polizeistaat.
- reuters.com 26.6.2013, Alastair Macdonald, Yasmine Saleh, Mursi offers constitution change before protests.
- Riedel 2017, Sabine Riedel, Pluralismus im Islam – ein Schlüssel zum Frieden. Erfahrungen aus dem Irak, Syrien, Türkei, Ägypten und Tunesien im Vergleich, SWP-Studie, S 14, Juli 2017, Berlin.
- Riedel 2015, Sabine Riedel, Die kulturelle Zukunft Europas. Demokratien in Zeiten globaler Umbrüche, Wiesbaden, 2015.
- RLS, 2020, Rosa Luxemburg Stiftung (Hg.), Harald Etzbach, Der unvollendete „arabische Frühling“, Dezember 2020, Berlin.
- rt.com, 12.4.2019, Libyen-Krieg: Frankreich und Italien kämpfen um Marktanteile für ihre Energiekonzerne, in: Russia today.
- Sebald 2011, Christoph Sebald, Essay: Zivilgesellschaft ist undemokratisch. Eine Kritik des europäischen Allheilmittels, in: Junge Europäische Föderalisten (JEF) Deutschland e.V., treffpunkteuropa.de, 17.9.2011.
- spiegel.de, 22.5.1989, Renate Flottau, Klaus Reinhardt, „Wir müssen die Marktwirtschaft einführen“. Der neue jugoslawische Staatspräsident Janez Drnovsek über die Dauerkrise des Vielvölkerstaats.
- spiegel.de, 15.3.2013, Ulrike Putz, Ägyptische Muslimbrüder. Fromm und frauenfeindlich.
- spiegel.de, 27.1.2016, Christoph Sydow, Tunesiens Ex-Diktator Ben Ali. Lebensabend mit 1,5 Tonnen Gold.
- StBA Ägypten 2020, Statistisches Bundesamt, Ägypten. Statistisches Länderprofil, 16.12.2020.
- StBA Algerien 2020, Statistisches Bundesamt, Algerien. Statistisches Länderprofil, 16.12.2020.
- StBA Marokko 2020, Statistisches Bundesamt, Marokko. Statistisches Länderprofil, 16.12.2020.
- StBA Tunesien 2020, Statistisches Bundesamt, Tunesien. Statistisches Länderprofil, 16.12.2020.
- Steinberg 2011, Kein Frühling am Golf. Saudi-Arabien und seine Nachbarn, in: Bundeszentrale für politische Bildung, Dossier Arabischer Frühling.
- sueddeutsche.de, 19.9.2017, Paul-Anton Krüger, Tunesien: Mehr Rechte für Muslimas.
- sueddeutsche.de, 2.7.2014, Laura Gruben, Bürgerkrieg in Syrien: „Die Dschihadisten sind die Einzigen, die einen Sold zahlen können“.
- sueddeutsche.de, 26.12.2012, Nach dem Verfassungsreferendum in Ägypten: Mursi kündigt Regierungsumbildung an.
- Todd/Courbage 2008, Youssef Courbage, Emmanuel Todd, Die unaufhaltsame Revolution - Wie die Werte der Moderne die islamische Welt verändern, München 2008.
- Todd 2011: Emmanuel Todd, Frei. Der arabische Frühling und was er für die Welt bedeutet, Emmanuel Todd im Gespräch mit Daniel Schneidermann, München 2011.
- Toth 2010, Nora Dagmar Toth, „Frauenrechte und Frauenbewegungen in Tunesien seit der Ära Ben cAli“, Universität Wien, 2010.
- Transfeld 2020, Mareike Transfeld, Ansatzpunkte für einen nachhaltigen Frieden im Jemen, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 1-3/2020, S. 41-46.
- Tunisia's Constitution of 2014, constituteproject.org.
- Tunisia's Constitution of 1959, in: www.wipo.int/edocs/laws/en
- UNDP Arab States 2016, United Nations Development Programme, The Constitution of Tunisia, 25.9.2016.
- washingtonpost.com, 18.2.2021, Lost Decade. The unfinished business of the Arab Spring. The forces that unleashed uprisings across the Middle East remain as potent as ever, Washington Post.
- Wehling 2014, Peter Wehling, Die Wiederbelebung der Modernisierungstheorie – eine folgenreiche Wiechenstellung, in: N. Braun, J. Müller, A. Nassehi, I. Saake, T. Wolbring (Hrsg.), Begriffe - Positionen - Debatten, S. 148-159.
- welt.de, 14.4.2018, Schlaglichter (DPA). Westmächte greifen Syrien an.
- welt.de 17.12.2011, Märtyrer Bouazizi. Ein rätselhafter Selbstmord, der die Welt veränderte.
- youtube.com, 30.7.2017, Meet Sophia: The first robot declared a citizen by Saudi Arabia.
- zeit.de, 27.6.2013, Ein Jahr im Amt: Mursi versucht Ägypten zu befrieden, dpa, Reuters.
- Zenith 2020, Dossier 10 Jahre Arabischer Frühling, Das arabische Jahrzehnt. Über eine Zeitenwende, gefördert von der Friedrich Ebert Stiftung.
- Zimmer 2012, Annette Zimmer, Die verschiedenen Dimensionen der Zivilgesellschaft, in: Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.), Dossier. Deutsche Verhältnisse. eine Sozialkunde, 31.5.2012.

